

Rechenzentrum: Kein guter Ort

In Rendel soll ein Rechenzentrum entstehen. Es soll ins Feld gebaut werden, neben das Umspannwerk an der Schultheisenwiese (Richtung Ober-Dorfelden). Rechenzentren sind derzeit gefragt. Und in Frankfurt werden kaum noch Standorte genehmigt. So suchen Betreiber Möglichkeiten im Umland.

Sicher wird die Stadt für dieses Gelände einen guten Preis erzielen.

Der Standort hat noch einen Vorteil: Er liegt direkt an einer Stromquelle.

Dennoch hat DIE LINKE. im Stadtparlament gegen diesen Platz gestimmt.

Was sind die Gründe?

Ein Rechenzentrum dieser Größenordnung erzeugt

Fortsetzung Seite 2

Was folgt aus dem Starkregengutachten?

Die Stadt Karben hat ein Starkregengutachten erstellen lassen. Anfang August wurde es vorgestellt. Was wird sich in Karben jetzt ändern?

DIE LINKE. begrüßt, dass der Magistrat ein Ingenieurbüro beauftragt hat, eine Starkregen-Gefahrenkarte zu erarbeiten. Immer wieder kommt es bei starken Regenfällen zu überfluteten Kellern und Grundstücken. Wenn wegen des Klimawandels die Temperaturen

steigen, wird es zukünftig vermehrt Starkregenereignisse geben. Da ist es sinnvoll, wenn man weiß, welche Bereiche dann besonderen Risiken ausgesetzt sind. Wichtig ist aber auch, welche Schlussfolgerungen gezogen werden.

Fortsetzung Seite 2

Würden Sie solche Gebühren bezahlen?

Abzockergebühren

Wenn Flüchtlingen ein Bleiberecht zugesprochen wird, sollen sie aus den städtischen Sammelunterkünften ausziehen. Doch das gelingt sehr oft nicht: Es gibt viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Nun hat die Stadt Karben regelrechte Abzockergebühren eingeführt.

Stellen Sie sich vor, sie müssen sich mit weiteren drei Personen ein Zimmer teilen. Dort ist gerade Platz für die Betten und einen

Spind. Für ihr Bett sollen sie monatlich 705 Euro bezahlen. Bei drei Personen und drei Betten wären das

Fortsetzung Seite 4

Kein guter Ort

viel Abwärme, die an diesem Standort nicht genutzt wird. Eine Fernwärmeleitung nach Rendel oder nach Ober-Dorfelden ist nicht mitgeplant. Zudem müssten die Wohngebiete für die Fernwärme vorbereitet werden. Hausanschlüsse kosten Geld und die Bewohner müssten ihre Heizsysteme umstellen. Wer soll das bezahlen? Gewerbe gibt es in der Umgebung nicht. Die alte Gärtnerei ist stillgelegt. Also wird die Abwärme sinnlos verpuffen. Und: Das Gebäude wird einige Stockwerke hoch allein im Feld stehen. DIE LINKE. ist nicht gegen ein Rechenzentrum. Aber man muss es dort hin bauen, wo es sinnvoll ist. Eben nicht als Klotz ins freie Feld, sondern eher ins Gewerbegebiet. Dort könnte es zum Beispiel als Folgenutzung im Gebäude von Continental untergebracht sein. Auch eine Nutzung der Abwärme wäre dort eher möglich.

Stadt legt Starkregengutachten vor Was folgt daraus?

Was ist ein Starkregen?

Starkregen bedeutet: Viel Regen in kürzester Zeit mit Überflutungen auch abseits von Gewässern. Vorwarnungen gibt es nicht zuverlässig.

In Karben gab es seit 2000 einige schwere Regenfälle mit Überflutungen. Aber alle waren noch keine „Jahrhundertregen“. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) gibt als Schwellenwert für einen Starkregen eine Niederschlagsmenge von mindestens 15 Litern pro Quadratmeter an, die innerhalb von einer Stunde fallen.

Wo besteht ein Risiko?

Überall dort, wo das Wasser bergab fließen kann und sich am niedrigsten Punkt sammelt. Dass es dann zu keinen Hochwasserständen kommt, hängt von der Aufnahmefähigkeit der Kanalisation ab. Aber bei einem Jahrhundertregen ist die Kanalisation immer überlastet. Dazu kommt Schlamm in größeren Mengen, wenn das Wasser von

den Feldern in Wohngebiete fließt.

Welche Schutzmaßnahmen werden ergriffen?

Darauf wird es in den nächsten Jahren ankommen: Welche Maßnahmen in den gefährdeten Bereichen möglich sind. Und ob sie umgesetzt werden.

DIE LINKE. hatte bereits vor der Erstellung des Starkregengutachtens Schutzmaßnahmen für den Südrand von Petterweil gefordert. Denn dort gab es bereits zweimal große Schäden durch starke Regenfälle. Ein mit Büschen und Bäumen bepflanzter Streifen entlang des Wohngebiets könnte die Schlammmassen bei einem Starkregen aufhalten. Am 11. 7. 2024 wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Machbarkeit einer solchen Bepflanzung zu prüfen.

Eine solche schützende Bepflanzung wäre sicher auch in den anderen Stadtteilen von Nutzen.

US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Am Rande des NATO-Gipfels im Juli 2024 in Washington D.C. wurde bekannt, dass US-Waffen nach Deutschland kommen sollen, die problemlos Moskau erreichen. Droht jetzt ein neues Wettrüsten, gar mit Atomwaffen?

Tomahawk-Raketen und Hyperschallraketen sollen 2026 in Büchel stationiert werden. Das hat die US-Regierung mit der deutschen Regierung vereinbart. Dass der Bundestag bei einer derart weitreichenden Entscheidung nicht eingebunden wurde, ist empörend und einer Demokratie nicht würdig.

Seit die USA den INF-Vertrag aufgekündigt haben, der Mittelstreckenraketen verboten hatte, wird die Stationierung von neu entwickelten Waffensystemen geplant. Tomahawk-Marschflugkörper können über 2.000 Kilometer weit fliegen und so problemlos und präzise Ziele weit hinter Moskau erreichen. Sie sind atomar bestückbar, haben kurze Flugzeiten und hohe Sprengkraft. Diese Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ist eine neue Stufe der Eskalation. Sie schafft keine Sicherheit für die Menschen - im Gegenteil: Das Risiko eines Angriffs auf Deutschland steigt damit deutlich, ebenso die Gefahr eines Atomkrieges in Europa.

Zentrales Ziel der deutschen Außenpolitik muss sein, eine neue Friedensarchitektur in Europa nach dem Ende des Ukraine-Krieges zu schaffen. Das kann nur mit diplomatischen Initiativen für Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung gelingen. Die gefährliche und riskante Abschreckungslogik führt in die völlig falsche Richtung. Die Stationierung der US-Waffen in Deutschland ist ein Sargnagel für mögliche Gespräche über gemeinsame Abrüstung. Damit stehen die Zeichen tatsächlich auf Wettrüsten.

2,25 Billionen Euro jährlich für Rüstung

Die westlichen Industrienationen schaffen es, massiv in die Rüstung zu investieren, aber wenn es darum geht, den Hunger zu stoppen, sind sie plötzlich pleite!

Im Jahr 2023 stiegen die Rüstungsausgaben weltweit um 6,8 Prozent auf 2,25 Billionen Euro.

Das ist eine solche Zahl: 2.220.000.000.000.

Die Hilfsorganisation Oxfam hat darauf hingewiesen, dass es nur 33 Milliarden Euro jährlich bräuchte, um den Hunger auf der Welt zu beenden.



Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau

ViSdP.: Gabi Faulhaber

Petterweil. e-mail:

info@die-linke-wetterau.de

Infos zur Kommunalpolitik finden Sie auf

www.die-linke-wetterau.de

Abzockergebühren

dann 2115 Euro für ein Zimmer. Manchmal leben auch vier oder fünf Personen in einem Raum zusammen. Dann wären das im Monat 2820 Euro, beziehungsweise 3525 Euro pro Zimmer.

Das sind die neuen Gebühren der Stadt Karben für eine Person in einer städtischen Flüchtlingsunterkunft. Sie werden fällig, wenn ein Geflüchteter anerkannt ist und keine Woh-

nung auf dem angespannten Wohnungsmarkt findet. Bei Familien staffelt sich die Gebühr:

2 Personen 790 Euro
3 Personen 910 Euro
4 Personen 1040 Euro
5 Personen 1160 Euro
jede weitere Person 150 Euro mehr.

Hat der Geflüchtete keine Arbeit, muss das Jobcenter den Betrag an die Stadt zahlen. Hat jemand Arbeit gefunden, gewährt die Stadt

Karben einen Zuschuss von 355 Euro. Dann bleiben immer noch 350 Euro zu zahlen.

Das ist für ein Bett (und weniger Quadratmeter, als einem Hund zustehen), trotzdem noch ein stolzer Preis (Einem kleinen Hund bis 50 cm stehen gesetzlich 6m² zu)! Es gibt in diesen Zimmern keine Privatsphäre. Es gibt Gemeinschaftsduschen und eine Gemeinschaftsküche.

Seien Sie ehrlich: Würden Sie arbeiten und dann für diese unterste Wohnkategorie so viel Geld bezahlen? Würden Sie sich nach einem anstrengenden Arbeitstag nicht die Frage stellen, ob sich das lohnt? Flüchtlinge bekommen ja in den allermeisten Fällen niedrig bezahlte Arbeitsplätze - oft Minijobs zu 520 Euro pro Monat. Davon sollen sie dann für ein Bett 350 Euro abdrücken?

Wer denkt sich solche Gebühren aus? Brauchen wir denn keine Arbeitskräfte?

Wenn man möchte, dass sich Geflüchtete integrieren und arbeiten, braucht es sozialen Wohnungsbau, bezahlbare Mieten und keine Abzockergebühren.



Man kann darüber diskutieren, wie viel Zuwanderung unser Land verträgt. Fakt ist aber: Jährlich werden etwa 400.000 Arbeitskräfte aus dem nicht-europäischen Ausland gebraucht, um die Wirtschaftskraft und den Arbeitskräftebedarf zu sichern (Quelle: Deutsche Wirtschaftsverbände). Vielleicht sollten wir doch über Integration statt über Hetze nachdenken?